

FBP-Fraktion will Kindergeld erhöhen und Blockzeiten ausweiten

Vorstoss Die FBP-Fraktion reichte ein Postulat ein, um die Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf voranzutreiben. Im Kern soll geprüft werden, inwiefern die Kinderzulagen erhöht sowie die Blockzeiten ausgeweitet werden können.

VON DANIELA FRITZ

Das ein Familienmodell mehr als das andere gefördert werde, war einer der Hauptgründe, warum die Initiative der Wirtschaftskammer «Familie und Beruf» das Volk nicht überzeugen vermochte. Eben das will die FBP-Fraktion mit ihrem gestern eingereichten Vorschlag, der Ergebnis einer internen Arbeitsgruppe ist, vermeiden: Durch eine Erhöhung der Kinderzulagen sowie die Ausweitung der Blockzeiten an den Kindergärten und Primarschulen sollen Familien unabhängig von ihrer jeweiligen Konstellation gefördert werden. «Wir haben verschiedene Wege skizziert und sind der Meinung, dass diese zwei Kernelemente einen breiten Konsens erzielen und von anderen Fraktionen, aber auch der Bevölkerung unterstützt werden», erklären der FBP-Fraktions-sprecher Daniel Oehry sowie der Abgeordnete Johannes Hasler bei der gestrigen Präsentation ihres Postulats. Sie wollen die Vereinbarkeit von Familie und Beruf nun vorantreiben, damit im Laufe der Legislatur nicht nur darüber diskutiert, sondern auch Lösungen gefunden werden, betonte Oehry. Die Debatte solle aber nicht aufgrund von «Halbweisheiten» oder «Emotionen» geführt werden, sondern aufgrund von Fakten, welche die Regierung nun zu schaffen hat.

Mehr Flexibilität im ersten Jahr

Konkret lädt die FBP die Regierung in ihrem Vorstoss ein, die Finanzierbarkeit einer Erhöhung der Kinderzulagen aus der Familienausgleichskasse (FAK) zu prüfen. Diese soll auch darlegen, wie sich dies auf den Fonds auswirken würde beziehungsweise welche Erhöhung tragbar wäre. Ausserdem soll die Option geprüft werden, den zusätzlichen Anteil zur heutigen Zulage anstelle eines monatlichen Bezugs als Gesamtbetrag in den ersten Lebensjahren des Kindes zu beziehen. «Durch diese Massnahme liesse sich ein Elternurlaub oder eine Erwerbstätigkeit in einem kleinen Teilzeitpensum speziell im ersten und wichtigsten Le-



Der FBP-Abgeordnete Johannes Hasler und Fraktionssprecher Daniel Oehry (v. li.) stellten das Postulat vor. (Foto: P. Trummer)

bensjahr des Kindes besser ermöglichen», zeigte sich Hasler überzeugt. Zudem würden dabei Familien mit klassischer Rollenaufteilung genauso unterstützt und entlastet wie Familien, in denen beide Elternteile erwerbstätig sind. Eine Erhöhung der Kinderzulage mit einem flexiblen Auszahlungsmodus würde die Wahlmöglichkeit zwischen einzelnen Modellen gar stärken. Auf die Kritik, dass die Gelder aus der FAK dabei nach dem «Giesskannenprinzip» auch an vermögende Elternpaare ausgezahlt werden würden, sind die FBP-Abgeordneten vorbereitet. Sie glauben allerdings, dass durch eine unterschiedliche Gestaltung nach dem Einkommen oder Vermögen «eine prinzipiell mehrheitsfähige Vorlage verunmöglicht wird», wie der Fraktionssprecher betont. Er gibt ausserdem zu bedenken, dass sich der vom Arbeitgeber in die FAK einbezahlte Betrag be-

reits an der Höhe des Gehalts orientiere. Zudem sei eine solche Regelung in der Praxis schwer umsetzbar, da beispielsweise Steuererklärungen erst ein bis zwei Jahre später verfügbar seien und eine Auszahlung damit rückwirkend erfolgen müsste. Bei ausländischen Beziehern von Kindergeldern würden dazu die erforderlichen Steuerdaten ganz fehlen.

Apropos Ausland: Im Postulat lädt die FBP-Fraktion die Regierung weiter dazu ein, eine Indexierung der Kinder- und Geburtszulage für im Ausland lebende Kinder auf Konformität mit staatsvertraglichen Regelungen hin zu prüfen. Ähnliche Ziele würden derzeit auch Österreich und Deutschland verfolgen.

50 Prozent dank Blockzeiten

Ein weiteres Kernelement des Vorstosses sind verlängerte Blockzeiten an Kindergärten und Primarschulen

von 7.30 bis 12.30 Uhr, sodass eine 50-prozentige Teilzeitarbeit am Vormittag für die Eltern auch ohne zusätzliche Kinderbetreuung möglich ist. Heute sei dies nicht möglich, bemängelt Johannes Hasler. Er betonte aber gleichzeitig, dass die Anwesenheit in der Zeit zwischen Unterrichtsende und dem Ende der Blockzeit freiwillig sein soll. «Die Eltern können also weiterhin selbst entscheiden, ob sich ihr Kind nach dem Unterrichtsende auf den Heimweg macht oder das Angebot der Betreuung in der Schule wahrnimmt», erklärt der Abgeordnete.

Dass dadurch eventuell zusätzliche Kosten entstehen, ist den Postulanten bewusst. Deshalb soll die Regierung diese sowie organisatorische Aspekte überprüfen und dem Landtag vorlegen.

Das gesamte Postulat finden Sie auf der Homepage der Bürgerpartei unter www.fbp.li